



Finanzierungslücke bei den Gemeinden so groß wie noch nie – Gesamtstaatliche Kassenstatistik zum Ende des 3. Quartals 2025

Mit Pressemitteilung vom 08.01.2026 hat das Statistische Bundesamt über die Mitte Januar zur Verfügung stehenden Ergebnisse der gesamtstaatlichen Kassenstatistik der Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zum Ende des 3. Quartals 2025 informiert. Zusammenfassend attestiert das Statistische Bundesamt langfristig steigende Steuereinnahmen, ein leicht abgeschwächtes Ausgabenwachstum und eine Finanzierungslücke bei den Gemeinden so groß wie noch nie.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 hat der Öffentliche Gesamthaushalt 5,6 % mehr ausgegeben und 6,0 % mehr eingenommen als im Vorjahreszeitraum: Einnahmen von 1.490,5 Mrd. Euro standen Ausgaben von 1.598,0 Mrd. Euro gegenüber. Damit verzeichneten die Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung in den ersten drei Quartalen 2025 ein Finanzierungsdefizit von 107,6 Mrd. Euro. Das Defizit lag somit nahezu auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums (-67 Mio. Euro). Differenziert betrachtet fallen sowohl beim Bund, als auch bei den Ländern, den Gemeinden und der Sozialversicherung Defizite an. Zwar trug der Bund wie in den Vorjahren seit 2020 den größten Anteil des Gesamtdefizits, jedoch ist das Finanzierungsdefizit bei den Gemeinden weiter gewachsen.

Alle Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts defizitär, Gemeinden mit Rekorddefizit

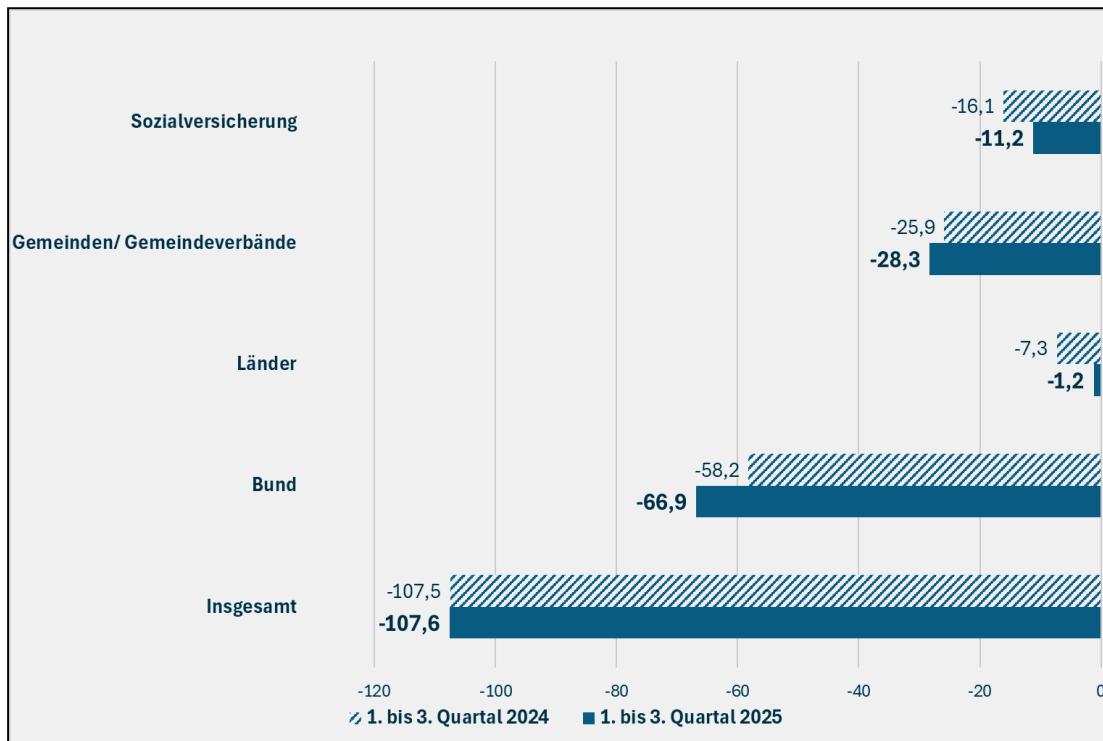
Die Ausgaben des Bundes in den ersten drei Quartalen 2025 betrugen 461,9 Mrd. Euro, das waren 4,3 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen stiegen um 2,7 % auf 394,9 Mrd. Euro. Somit ergab sich ein Finanzierungsdefizit von 66,9 Mrd. Euro, das waren 8,7 Mrd. Euro mehr als im Vorjahreszeitraum.

Bei den Ländern ergab sich mit Ausgaben von 414,5 Mrd. Euro (+2,4 %) bei gleichzeitigen Einnahmen von 413,4 Mrd. Euro (+4,0 %) ein Defizit von 1,2 Mrd. Euro. Im Vorjahreszeitraum hatte es noch bei 7,3 Mrd. Euro gelegen.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden wuchsen die Ausgaben (+5,9 % auf 303,4 Mrd. Euro) weiter etwas stärker als die Einnahmen (+5,5 % auf 275,1 Mrd. Euro). Das Finanzierungsdefizit vergrößerte sich auf 28,3 Mrd. Euro. Das waren 2,4 Mrd. Euro mehr als im Vorjahreszeitraum und auch mehr als das Rekorddefizit (24,8 Mrd. Euro), das sich für das Gesamtjahr 2024 ergeben hatte.

Bei der Sozialversicherung ging das Finanzierungsdefizit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,9 Mrd. Euro auf 11,2 Mrd. Euro zurück. Die Ausgaben stiegen um 7,3 % auf 696,7 Mrd. Euro, die Einnahmen um 8,3 % auf 685,5 Mrd. Euro.

Finanzierungssalden nach Ebenen (in Mrd. Euro)



Quelle: Eigene Darstellung anhand Daten DESTATIS

Grundsteuereinnahmen nach Reform bislang weitgehend unverändert

Aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben wurden in den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 rund 1.285,8 Mrd. Euro eingenommen (+7,1 %). Der deutliche Anstieg wurde getragen von den Beitragseinnahmen der Sozialversicherung (+9,1 %) und den Landessteuern (+33,3 %). Gemeinden und Stadtstaaten verbuchten auch nach der Grundsteuerreform Einnahmen aus **Grundsteuern** auf der Höhe des Vorjahresniveaus (rund 12,5 Mrd. Euro). Die für das Gesamtaufkommen wichtigen Gemeinschafts- und Bundessteuern stiegen jeweils um etwa 5 %. Bei den Bundessteuern gab es gegenläufige Effekte: Einerseits laufen die Einnahmen aus dem EU-Energiekrisenbeitrag (Abschöpfen von „Überschussgewinnen“ bei Unternehmen, die Kohle oder Erdöl abbauen oder verarbeiten) aus. Andererseits wurde die Tabaksteuer erhöht, was in den ersten drei Quartalen Mehreinnahmen von rund 2 Mrd. Euro erbrachte.

Deutlicher Anstieg der Zinsausgaben bei den Ländern

Beim Bund stiegen die Zuschüsse an Sozialversicherungsträger um 5,3 Mrd. Euro. Von den zugunsten der Sozialversicherungen geplanten Darlehen wurden 2 Mrd. Euro an die Arbeitslosenversicherung ausgezahlt. Auch zahlte der Bund 5,3 Mrd. Euro als Eigenkapitalerhöhung an die Deutsche Bahn, was die Ausgaben „zum Erwerb von Beteiligungen“ entsprechend ansteigen ließ.

Bei den Ländern stiegen die Personalausgaben um 5,2 % und die Sachausgaben um 2,2 %. Die Ausgaben für Kreditmarktzinsen stiegen deutlich um 9,7 % auf 9,2 Mrd. Euro. Allgemeine, sonstige und investive Zuweisungen der Länder an ihre Gemeinden und Gemeindeverbände erreichten zusammengenommen 110,3 Mrd. Euro (+3,1 %).

Die Gemeinden mussten nicht nur eine gegenüber Bund und Ländern höhere Steigerungsrate der Personalkosten finanzieren (+6,7 % auf 79,3 Mrd. Euro). Bei ihnen stiegen auch die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche (unter anderem Sozialausgaben) mit +6,6 % stärker als die Einnahmen (+5,5 %).

Methodische Hinweise

Die Angaben beziehen sich auf vorläufige Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte der vierteljährlichen Kassenstatistik. Diese weichen ab vom Finanzierungssaldo des Staates in Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), an dem sich die Einhaltung des Referenzwertes des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Defizitquote) bemisst. Aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen größeren Abhängigkeit von öffentlichen Zuweisungen wurden ab dem 2. Quartal 2023 etwa 440 Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als Extrahaushalte in den Öffentlichen Gesamthaushalt einbezogen. Das Hinzurechnen der Ausgaben und Einnahmen dieser Einheiten sorgte für Sondereffekte. Mit dem Übergang auf das Berichtsjahr 2025 sind Vorjahresvergleiche wieder uneingeschränkt möglich.

Weitere Ergebnisse für den Öffentlichen Gesamthaushalt in den ersten drei Quartalen 2025 werden im Statistischen Bericht „Vierteljährliche Kassenergebnisse der Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts“ voraussichtlich Mitte Januar 2026 veröffentlicht.

Weitere Informationen:

Der Statistische Bericht ist unter www.destatis.de/DE in der Rubrik *Themen/Staat/Öffentliche Finanzen/Ausgaben und Einnahmen/Statistische Berichte* abrufbar.

(Quelle: Pressemitteilung DESTATIS Nr. 005 v. 08.01.2026)

jl-ds